



Bundesministerium für Arbeit, Soziales,  
Gesundheit und Konsumentenschutz  
Stubenring 1  
1010 Wien

Abteilung für Sozialpolitik und Gesundheit  
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien  
T +43 (0)5 90 900-DW | F +43 (0)5 90 900-11DW  
E [sp@wko.at](mailto:sp@wko.at)  
W <http://wko.at/sp>

per E-Mail:  
[begutachtungVIII4@sozialministerium.at](mailto:begutachtungVIII4@sozialministerium.at)  
[begutachtungsverfahren@parlament.gv.at](mailto:begutachtungsverfahren@parlament.gv.at)

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom  
BMASGK-73200/0172-VIII/A/4/2019  
v. 6.12.2019

Unser Zeichen, Sacharbeiter  
Sp/3/39/19/CM/SM  
Mag. Moshhammer

Durchwahl  
4566

Datum  
10.01.2020

## Novelle des Gesundheitstelematikgesetzes 2012; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich bedankt sich für die Übermittlung des oben angeführten Entwurfs und begrüßt die Schaffung einer Rechtsgrundlage für die eHealth-Anwendung Elektronischer Impfpässe.

Für bestimmte Impfungen (Masern etc.) sollte in Österreich eine hohe Durchimpfungsrate erreicht werden - in vielen Ländern gibt es für solche Impfungen eine gesetzliche Impfpflicht. Wir schlagen vor, für seitens des Ministeriums dringend empfohlene Impfungen die verpflichtende Eintragung vorzusehen, da dies im öffentlichen Interesse ist.

Einen weiteren Diskussionspunkt stellt die HPV-Impfung (Human-Papilloma-Virus) dar, die - obwohl verfügbar und empfohlen - in Österreich bis dato nur eine sehr niedrige Durchimpfungsrate (im Vergleich zu anderen europäischen Ländern) erreicht, obwohl bei HPV das Thema Herden-Immunisierung ebenfalls zu beachten ist.

Nicht akzeptabel wäre aber eine Verpflichtung zur staatlichen Registrierung von individuell vorgenommenen Impfungen wie z.B. gegen Tropenkrankheiten, weil hier das Thema der Herden-Immunisierung nicht relevant ist. Impfungen, die höchst persönliche Lebensbereiche tangieren (wie z.B. eine allfällige HIV-Impfung, falls sie dereinst verfügbar sein sollte) sind von einer Eintragungspflicht jedenfalls auszunehmen.

Darüber hinaus dürfen Schulärzte und Arbeitsmediziner derzeit nur eingeschränkt impfen. Diese Einschränkung sollte überdacht werden. Wir sprechen uns für eine Erweiterung aus. Wir ersuchen um Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer  
Präsident

Karlheinz Kopf  
Generalsekretär

